

<b>Vorlage Nr. V-S 1/2023</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Anerkennung eines 2,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für den Abschnitt Bildung und Teilhabe im Sozialamt**

### **A Problem**

In dem Abschnitt Bildung und Teilhabe der Abteilung Sonstige Hilfen des Sozialamtes werden die Anträge auf Bildungs- und Teilhabeleistungen für die Beziehher von Wohngeld, Asyl- und SGB XII-Leistungen und KIZ Anspruchsberechtigten bearbeitet. Für die Aufgabe sind derzeit 2,5 Sachbearbeiter:innenstellen vorhanden.

In den vergangenen Jahren bestand bei den Sachbearbeiter:innen durch die hohe Arbeitsbelastung ein hoher Krankenstand und eine hohe Fluktuation. Dadurch waren die Stellen nicht durchgängig besetzt. Die ordnungsgemäße Bewältigung der Aufgaben war vor diesem Hintergrund sehr herausfordernd.

Zum Anfang eines jeden Schuljahres und zum jeweiligen Halbjahreswechsel gibt es eine Antragsflut, die regelmäßig zu Bearbeitungsrückständen führt. Aktuell werden Anträge von Anfang September 2022 bearbeitet. Die Sachbearbeiter:innen haben derzeit 1.046 laufende Akten und 919 zu bearbeitende Postrückstände aus Bestandsfällen. Zusätzlich gibt es 378 Neufälle, wo noch keine Akten angelegt worden sind. Mit dem Halbjahreswechsel 2023 in den Schulen kommt jetzt eine weitere Antragswelle zu den nicht erledigten Poststücken hinzu. Dadurch werden sich die Wartezeiten auf die Bescheide für die Antragsstellenden weiter vergrößern.

Im Jahr 2022 sind insgesamt 9.179 Anträge beschieden worden. Es ist davon auszugehen, dass sich die Gesamtzahl der Anträge nicht verringert, eher tendenziell erhöht. Eine zeitnahe Bearbeitung der Rückstände und der Neuanträge ist aufgrund der Sachbearbeiteranzahl nicht möglich.

Ausgehend von einer Fallrate von 350 Fällen pro Vollzeit-Sachbearbeitenden und 1.046 laufenden Akten zzgl. 378 Neufällen (= 1.424 Akten) besteht bereits jetzt ein akuter Bedarf von insgesamt 4,0 Stellen.

Unter Berücksichtigung von für das Jahr 2023 erwarteten ca. 1.500 bis 1.600 Fällen insgesamt benötigt das Sozialamt weitere 2,0 Stellen Sachbearbeitung für den Abschnitt Bildung und Teilhabe um die anfallenden Aufgaben zeitnah bewältigen und die vorhandenen Rückstände abarbeiten zu können.

Bei dieser Berechnung sind noch nicht die Auswirkungen der Wohngeldreform berücksichtigt worden, die zu einer weiteren Antragerhöhung bei Bildungs- und Teilhabeleistungen führen wird.

### **B Lösung**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung beschließt die Anerkennung eines überplanmäßigen Bedarfes für das Jahr 2023 für zwei 1,0 Stellen für den Abschnitt Bildung und Teilhabe der Abteilung Sonstige Hilfen des Sozialamtes und bittet den Personal- und Organisationsausschuss gleichlautend zu beschließen sowie das Dezernat V alles Weitere zu veranlassen.

### **C Alternativen**

Keine, die zu vertreten sind, da der jetzige Personalbestand nicht ausreichend ist, um die Aufgaben zeitnah bewältigen zu können.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Auf Grundlage der Personalthauptkosten entstehen für zwei anerkannt überplanmäßige Bedarfe (Bewertung nach EG 6) zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 112.000 €, die weder im Sozialamt noch im Ausschussbereich finanziert werden können. Die Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe erfolgt gendergerecht. Klimaschutzrelevante Auswirkungen sowie eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils sind nicht zu erkennen. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind von dem Beschlussvorschlag nicht in besonderer Weise betroffen. Die besonderen Belange der Menschen mit Behinderung und die besonderen Belange des Sports sind von dem Beschlussvorschlag nicht betroffen.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Magistratskanzlei, Personal- und Organisationsausschuss

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung beschließt die Anerkennung eines überplanmäßigen Bedarfes für das Jahr 2023 für zwei 1,0 Stellen für den Abschnitt Bildung und Teilhabe der Abteilung Sonstige Hilfen des Sozialamtes und bittet den Personal- und Organisationsausschuss gleichlautend zu beschließen sowie das Dezernat V alles Weitere zu veranlassen.

gez.

Parpart

Stadtrat